

ARGUMENTATION KOMPAKT

Ein Service der Hanns-Seidel-Stiftung für politische Entscheidungsträger



Ausgabe vom 2. Juni 2014 – 3/2014

Eine diplomatische Lösung des Atomkonflikts?

Die Verhandlungen zwischen Teheran und der Internationalen Gemeinschaft treten in die entscheidende Phase

Im medialen Schatten der Ukraine-Krise gehen in Wien die Verhandlungen zwischen der Internationalen Gemeinschaft und Teheran zur Lösung des Atomkonfliktes mit dem Iran in die entscheidende Phase. Sollte es nicht gelingen, bis zum Auslaufen des Interimsabkommens am 20. Juli 2014 eine endgültige Lösung des Konfliktes auf diplomatischem Wege zu erreichen – oder zumindest eine Verlängerung der Laufzeit des Interimsabkommens um weitere sechs Monate –, dann entstehen zwei akute Probleme. Zum einen ist zu erwarten, dass dann die USA weitere Sanktionen gegen den Iran verhängen, was dazu führen würde, dass Teheran sich an keinerlei bereits gemachte Zusagen im Kontext seiner nukleartechnischen Aktivitäten mehr gebunden fühlt. Zum anderen würde nach einem Scheitern der Verhandlungen die Fortführung des iranischen Nuklearprogramms mit der Perspektive, dass die Islamische Republik in absehbarer Zeit über Atomwaffen verfügt, die Wahrscheinlichkeit von Militärschlägen gegen den Iran drastisch erhöhen.

Eine diplomatische Lösung des Atomkonflikts?

Die Verhandlungen zwischen Teheran und der Internationalen Gemeinschaft treten in die entscheidende Phase

Reinhard Meier-Walser / Peter L. Münch-Heubner

Vorbemerkung

Während die Aufmerksamkeit der internationalen Medien in den vergangenen Wochen vor allem auf die Situation in der Ukraine gerichtet war, laufen im Schatten der Eskalation der Krise im Osten Europas in der österreichischen Bundeshauptstadt Wien seit Beginn dieses Jahres Verhandlungen zwischen Emissären der Islamischen Republik Iran und der „P5+1-Gruppe“ (die fünf Ständigen Mitglieder des UNO-Sicherheitsrates plus Deutschland) zur diplomatischen Beilegung eines der gefährlichsten Konflikte internationaler Politik seit Beginn des 21. Jahrhunderts: des Konfliktes um das iranische Atomprogramm.¹

Dieser Atomkonflikt zwischen der Internationalen Gemeinschaft und dem Iran begann im August 2002, als durch Geheimdienstinformationen bekannt wurde, dass der Iran unter Missachtung seiner Offenlegungspflichten aus dem Kernwaffen-Sperrvertrag eine Urananreicherungsanlage in Natanz und einen Schwerwasserreaktor in Arak baute, der nach seiner Inbetriebnahme zur Herstellung von Plutonium fähig wäre. Seit diesem Zeitpunkt hat der Atomkonflikt verschiedene Wendungen erfahren, mitunter vorsichtige Annäherung und Hoffnungen auf eine friedliche Beilegung, dann wieder Konfrontation und Eskalation.

Dessen ungeachtet blieben drei Konstanten dieses Konfliktes bis heute unverändert: erstens Teherans Leugnung jeglicher über die zivile Nutzung der Kernenergie hinausgehender nukleartechnischer (militärischer) Ambitionen; zweitens – damit eng zusammenhängend – Teherans Strategie der Behinderung der Internationalen Atomenergiebehörde (International Atomic Energy Agency IAEA), die im Nuklearen Nichtverbreitungsvertrag (NVV) vorgesehenen Inspektionen iranischer Atomanlagen durchzuführen; und drittens die Möglichkeiten des Ausgangs des Konfliktes. Es gibt nur drei: erstens eine diplomatische, unblutige Lösung auf dem Verhandlungsweg,

zweitens Militärschläge gegen den Iran mit dem Ziel der nuklearen Entwaffnung und drittens die Perspektive, dass der Iran tatsächlich Atommacht wird.

In diesem Papier werden die Aussichten für eine diplomatische Lösung auf dem Verhandlungsweg untersucht.²

Eine Lösung auf dem Verhandlungsweg?

Im August 2013 trat der gemäßigte Geistliche Hassan Rohani die Nachfolge Mahmud Ahmadinedschads als Staatspräsident der Islamischen Republik Iran an. Während sich in der Amtszeit Ahmadinedschads das seit der Islamischen Revolution von 1979 angespannte und mit dem Beginn des Atomkonfliktes vor über einem Jahrzehnt zusätzlich belastete Verhältnis Teherans zum demokratischen Westen noch weiter verschlechterte, schlug sein Nachfolger versöhnliche Töne an und signalisierte die Bereitschaft zu einer Einigung im Atomkonflikt. Ungeachtet der Veränderungen in Form und Stil, die bereits wenige Wochen nach Rohanis Amtsantritt zu einer spürbaren Verbesserung der Atmosphäre im Dialog mit Teheran führten, war umstritten, ob auch substantielle Zugeständnisse der politischen und religiösen Eliten des Iran im Atomkonflikt erwartet werden konnten oder ob, wie der israelische Premier Benjamin Netanjahu mutmaßte, Rohani lediglich ein „Wolf im Schafspelz“ sei, der den Atomkurs seines Vorgängers Ahmadinedschad unbeirrt fortsetzen werde.

Die Motivation der iranischen Führung

Die Aufmerksamkeit der Medienvertreter ist gegenwärtig vor allem auf den konkreten Verlauf der Verhandlungen in Wien konzentriert. Für die politischen Eliten in den Hauptstädten der Staaten der P5+1-Gruppe ist allerdings die grundsätzliche Frage nach den atompolitischen Zielsetzungen der Führung in Teheran mindestens ebenso bedeutsam. Ist der Iran überhaupt bereit, und wenn ja unter welchen Bedingungen, auf eine militärische Atomoption zu verzichten oder will Teheran durch die Prolongierung der Verhandlungen lediglich Zeit gewinnen, zumal durch die partielle Aussetzung der Sanktionen auch der Druck auf die Teheraner Führung geringer geworden ist?

Für eine grundsätzliche Einigungsbereitschaft Teherans spricht nicht nur der konziliante Ton Rohanis, der in der Vergangenheit mehrfach betont hatte, dass man Verhandlungen mit den USA und in der Atomfrage nicht „bis zum Tage des Jüngsten Gerichts“ („until the day of Judgement“) verschieben könnte. Der jetzige Präsident benannte dabei klar und deutlich jene Grundvoraussetzungen, die aus iranischer Sicht die Basis für eine Verhandlungslösung sein müssen: die Wahrung der „Würde des Iran“ und seiner Interessen, seiner Sicherheit und seiner eigenständigen Verteidigungsfähigkeit. Die USA und der Westen dürfen sich nicht in die inneren Angelegen-

heiten des Iran einmischen und sollten von allen Versuchen Abstand nehmen, im Land einen Regimewechsel herbeizuführen.³

Die iranische Haltung ist grundsätzlich geprägt von den negativen historischen Erfahrungen, die das Land im 19. und beginnenden 20. Jahrhundert mit den europäischen Kolonialmächten gemacht hat. In der Zeit der „Erniedrigung“ war Persien weitgehend seiner Souveränität beraubt, konnte sich nicht selbst verteidigen. Diese Ära wird heute in der Teheraner Politik immer wieder heraufbeschworen. Im Zusammenhang mit den Atomverhandlungen wird daher betont, dass es eine „Kapitulation“ vor dem Westen wie in der Zeit der „Erniedrigung“ nie mehr geben dürfe.

In den Medien wird oft betont, dass der Handlungsspielraum des Präsidenten angesichts der gegebenen Interventionsrechte von Revolutionsführer Khamenei sehr eingengt ist. Der Revolutionsführer und mit ihm der Wächterrat üben Kontrolle über das Präsidentenamt und das Parlament aus, die beide vom Volk gewählt werden. So kann z. B. jedes Gesetz, das in den Augen der weltlichen und geistlichen Juristen im Wächterrat nicht mit den Normen des Islam in Einklang steht, von dieser religiösen Institution wieder aufgehoben werden. Die Präsidentschaftswahlen 2013 zeigten aber, dass sich diese Institution bei der Überprüfung der Zulassung der Kandidaten im Vergleich zu den Wahlen von 2005 und 2009 zurückhielt und so gemäßigte bzw. Reformkandidaten antreten durften. In einem Wahlkampf, der von der Atomdebatte und der Frage der Beziehungen zu den USA geprägt war, stellte dies ein in vorsichtiger Weise als positiv zu bewertendes Signal dar.

Das Wahlergebnis und der Sieg Rohanis stehen damit nicht nur für den Wunsch in der Bevölkerung, in der Atomdebatte zu einem Ausgleich mit den USA zu kommen. Es zeigt sich auch, dass die religiösen Institutionen bereit sein könnten, eine flexiblere Politik in dieser Frage zuzulassen, und sie damit hier dem Präsidenten mehr Handlungsspielraum zugestehen. Dies aber immer unter der Voraussetzung, dass die Sicherheitsinteressen des Iran gewahrt bleiben.

Diese neue Flexibilität hat mit der zentralen Objektiv der iranischen Politik zu tun: der Erhalt des politischen Systems der Islamischen Republik.⁴ Die Unruhen nach den Präsidentschaftswahlen 2009 waren Ausdruck gesellschaftlicher Wandlungsprozesse, die die Stabilität der politischen Ordnung gefährden könnten. Kritiker wie der Religionsphilosoph Abdolkarim Soroush können heute nicht mehr zum Schweigen gebracht werden, sein Konzept einer „religiösen Demokratie“ hat als Alternativmodell zu bestehenden Ordnung viele Anhänger im Iran gefunden.⁵

Im Gegensatz zu 2009, als die politische Führung mit Repression auf die Unruhen reagierte, scheint man in Teheran heute geneigt, mit einem etwas beweglicheren Politikansatz etwas „Druck aus dem Kessel“ ablassen zu wollen.

Für die Möglichkeit einer endgültigen Verhandlungslösung spricht auch, dass die USA und der Iran durchaus gemeinsame Interessen haben, etwa in Afghanistan und im Irak. In Afghanistan vereint die beiden Akteure die gemeinsame Frontstellung zu den Taliban und generell auch zu Al-Qaida,⁶ im Irak wollen beide eine drohende „Balkanisierung“ des Landes verhindern.⁷

Die Tatsache, dass heute in den iranischen Medien offen über die Atomfrage und über die Beziehungen zu den USA debattiert werden kann, spricht für eine Veränderung in der Politik des Landes – unter den erwähnten Ausgangsbedingungen.

Vorsichtige Annäherung: Vom Amtsantritt Rohanis zum Interimsabkommen von Genf

Wenige Wochen nach Hassan Rohanis Amtsantritt fand tatsächlich Mitte September 2013 in Genf eine neue Verhandlungsrunde zwischen der „P5+1-Gruppe“ und dem Iran zur Lösung des Atomkonfliktes statt, die erstmals von einer neuen Dialogbereitschaft der iranischen Delegation geprägt war. Die letzte Begegnung dieser Art hatte während der Präsidentschaft Machmud Ahmadinedschads im April 2013 in der kasachischen Metropole Achmaty wie viele andere Verhandlungsrunden davor noch ohne erkennbare Annäherung der in der Substanz weit auseinanderliegenden Positionen geendet.

Nachdem in der zweiten Jahreshälfte 2013 auch Gespräche zwischen Delegierten Teherans und der IAEA konstruktiv verliefen, fanden weitere Verhandlungen zwischen der P5+1-Gruppe und dem Iran statt, wobei die letzte Runde Ende November dann zusammen mit bilateralen Geheimverhandlungen zwischen Washington und Teheran zu einem auf sechs Monate befristeten „Gemeinsamen Aktionsplan“⁸ führte.

Eine Bewertung dieses Interimsabkommens, das dazu dienen sollte, eine langfristige vertragliche Regelung vorzubereiten, muss die Ausgangspositionen beider Seiten berücksichtigen: Die internationale Gemeinschaft forderte von Teheran, dass es auf den Bau von Atomwaffen verzichtet und auch nach einem Einlenken in dieser Frage keine „breakout capability“ besitzt, d. h. keine Möglichkeit, später selbst zu entscheiden, ob man die Atomschwelle überschreitet. Aus diesem Grunde wurde auch die Möglichkeit ungehinderter Inspektionen durch die IAEO gefordert. Teheran, das seit jeher bestritten hat, Atomwaffenpläne zu schmieden, reklamierte ein Recht auf ein ziviles Atomprogramm und forderte sowohl die Lockerung und spätere völlige Aufhebung der Sanktionen durch die UNO, die USA und die EU als auch einen Verzicht auf insbesondere US-amerikanische Bestrebungen, einen Regimewechsel in Teheran herbeizuführen.

Zu den Kernpunkten des Interimsabkommens von Genf, das am 20. Januar 2014 in Kraft trat. Der Iran stoppt sein Atomprogramm und lenkt konkret in drei Punkten ein:

- Erstens wird die Urananreicherung auf über 5 Prozent ausgesetzt. Die vorhandenen rund 200 Kilogramm auf 20 Prozent angereichertes Uran werden entweder auf unter 5 Prozent verdünnt oder zu Brennstäben für den Teheraner Forschungsreaktor umgewandelt. Weitere Zentrifugen (gegenwärtig etwa 19.000, davon rund 8.000 noch nicht in Funktion) werden nicht mehr in Betrieb genommen und die verbunkerte Anreicherungsanlage in Fordow wird stillgelegt.
- Daneben wird der sog. zweite Weg zur Atombombe geschlossen, indem der Bau am Schwerwasserreaktor in Arak, einem Plutoniumbrüter, eingestellt wird.

- Drittens akzeptiert Teheran weitergehende Inspektionen durch die IAEA, darunter tägliche Inspektionen der Anlagen in Natanz und Fordow.

Im Gegenzug gibt der Westen eingefrorene iranische Guthaben aus Ölverkäufen frei und lockert gewisse Sanktionen auf den Handel mit Edelmetallen und petrochemischen Erzeugnissen, die insgesamt rund 7 Milliarden Euro betragen.

Allerdings sind einige wichtige Fragen offen geblieben, die mit Blick auf eine endgültige diplomatische Lösung des Atomkonfliktes noch problematisch werden können:

- Das Interimsabkommen sieht kein „Roll-back“ des iranischen Nuklearprogramms vor, sondern im Wesentlichen ein Einfrieren des Status quo. Das ist insbesondere für Israel keine akzeptable Basis für ein endgültiges Abkommen.⁹
- Es ist außerdem keineswegs sicher, dass Präsident Obama eine langfristige vertragliche Regelung auf der Basis dieses Interimsabkommens im Kongress durchsetzen kann. Der Senat, der ein derartiges Abkommen ratifizieren müsste, ist gespalten und derzeit scheint es, als ob die Mehrheit der Senatoren eher für eine Verschärfung der Sanktionen gegenüber Iran denn eine Lockerung eintritt.
- In der Präambel des Interimsabkommens heißt es, dass in einer endgültigen Regelung Iran alle Rechte zur friedlichen Nutzung der Kernenergie aus dem Kernwaffensperrvertrag zugesprochen würden. Damit ist weiterer Dissens hinsichtlich der Legitimität der Anreicherung von Uran programmiert. US-Außenminister Kerry und Irans Außenminister Zarif haben bei verschiedenen Gelegenheiten bislang völlig unterschiedliche Interpretationen dieses Passus verlautbaren lassen. Ähnlich schwammig war auch die Zusicherung Irans, das während der sechsmonatigen Laufzeit zusätzlich auf 5 Prozent angereicherte Uran in das harmlosere Uranoxid umzuwandeln, denn diese Zusicherung ist an die Voraussetzung geknüpft, dass die zur Umwandlung notwendige Anlage fertiggestellt ist. Das war zum Zeitpunkt der Unterzeichnung des Interimsabkommens noch nicht der Fall.
- Ein viertes Problem offenbart sich im Bereich der Inspektionen. Zwar hat der Iran zugesichert, dass die IAEA in den Anreicherungsanlagen Fordow und Natanz tägliche Inspektionen durchführen dürfe, nicht aber im Bereich des Plutoniumbrüters Arak. Hier ist die IAEA nach wie vor weitgehend auf iranische Informationen zum Stand der Baumaßnahmen angewiesen. Man fragt sich warum? Der Schwerwasserreaktor ist deshalb so problematisch, weil er wegen der Gefahr der gewaltigen Verstrahlung mit Plutonium nach seiner Inbetriebnahme nicht mehr bombardiert werden könnte. Das vom Iran konzedierte „enhanced monitoring“ beschränkt sich also auf zwei Anreicherungsanlagen, wobei selbst die IAEA nicht mit letzter Gewissheit sagen kann, dass sich in dem riesigen, zum Teil schwer zugänglichen Iran nicht noch weitere, bislang nicht detektierte Atomanlagen befinden.

Zum Stand der Atomverhandlungen zwei Monate vor Ablauf des Interimsabkommens

Seit Inkrafttreten des Interimsabkommens fanden in Wien mehrere Verhandlungsrunden zwischen Vertretern der iranischen Regierung und der P5+1-Gruppe statt. Mit der jüngsten und gleichzeitig bislang längsten (13.-16. Mai 2014) Runde traten die Verhandlungen um eine endgültige Beilegung des Konfliktes in eine entscheidende Phase.

Nach dem Ende der Gespräche betonten alle Beteiligten zwar die „nach wie vor gute und kooperative Atmosphäre“, sie schränkten gleichzeitig aber ein, „dass man nur zäh vorankomme“.¹⁰

Ein substanzieller Fortschritt auf dem Wege zu einer umfassenden Einigung scheint zumindest mit Blick auf den im Bau befindlichen Schwerwasserreaktor in Arak bereits in greifbarer Nähe zu sein. Zwar ist Teheran weiterhin nicht bereit, dem westlichen Vorschlag der Umwandlung des Plutoniumbrüters in einen Leichtwasserreaktor zuzustimmen. Jedoch soll die Anlage dem Chef des iranischen Atomprogramms, Vizepräsident Ali Akbar Salehi, zufolge so umkonstruiert werden, dass nur noch ein Bruchteil der ursprünglich geplanten Plutoniummenge produziert werden könne. Dieser Schritt „könnte dem Westen tatsächlich als Beweis dafür gelten, dass Arak – wie behauptet – lediglich zur Herstellung von medizinisch genutzten Radioisotopen dienen soll, und damit Basis für einen Kompromiss sein.“¹¹

Bislang völlig offen ist hingegen die Frage, welche konkreten Forderungen die „P5+1-Gruppe“ mit Blick auf die quantitative Limitierung der Anreicherungscentrifugen sowie deren Qualität (welche „Generation“ der Zentrifugen) an Teheran richtet und welche diesbezügliche Positionen die iranische Führung als Kompromiss akzeptieren wird. Die Nationale Sicherheitsberaterin der USA, Susan Rice, und die Leiterin der US-amerikanischen Verhandlungsdelegation, Wendy Sherman, räumten bei einem Besuch in Israel Anfang Mai unumwunden ein, dass der Iran mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit eine „gewisse Kapazität zur nuklearen Anreicherung behalten würde“. Allerdings haben politische und diplomatische Vertreter Washingtons auch stets betont, nur eine Lösung zu akzeptieren, die sicherstelle, dass Teheran mehr als ein Jahr von der „ability to produce fuel usable in a single nuclear weapon“ entfernt bleibe.¹² Susan Rice und Wendy Sherman haben in diesem Zusammenhang zu Recht darauf hingewiesen, dass die Erzielung eines Kompromisses in der Frage der Zahl und Qualität der Zentrifugen einem äußerst schwierigen Balanceakt gleichkommt: Einerseits muss, damit Teheran zum Einlenken bereit ist, eine „gesichtswahrende“ Lösung gefunden, d. h. eine gewisse nukleare Infrastruktur konzediert werden. Nur unter dieser Voraussetzung könnten die religiöse Führung und die Revolutionsgarden darauf verweisen, dass sie „das Recht zur Herstellung nuklearen Materials nicht aufgegeben“ hätten. Andererseits müssen die Dimensionen der dem Iran

eingräumten Nuklearkapazitäten auf ein Minimum begrenzt werden, damit „das Weiße Haus sich gegen Vorbehalte aus dem Kongress durchsetzen kann“.¹³

Ungeklärt ist darüber hinaus bislang die Frage, welche Menge an gering angereichertem Material der Iran in Zukunft besitzen darf. Laut IAEA-Bericht vom 20. Februar 2014 verfügt der Iran derzeit über rund 7.600 Kilogramm auf bis zu 5 Prozent angereichertes Uran 235.¹⁴ Teheran fordert eine Aufstockung, während die USA und die anderen westlichen Vertreter in der „P5+1-Gruppe“ eine Reduzierung dieser Vorräte verlangen – entweder durch Umwandlung in Brennstäbe oder einen Abtransport außer Landes.¹⁵

Schwierig ist es zweifellos auch, in der Frage der Inspektionen durch die IAEA zu einer Einigung zu gelangen. Die diesbezüglichen Forderungen der USA gehen sogar über das Zusatzprotokoll zum Nichtverbreitungsvertrag hinaus, demzufolge die Inspektoren der IAEA befugt sind, unangemeldete Kontrollen in beliebigen Atomanlagen durchzuführen. Der Iran hat dieses Zusatzprotokoll zwar im Dezember 2003 unterschrieben, aber bis heute nicht implementiert.¹⁶ Hoffnung auf eine Annäherung in diesem Punkt macht zumindest eine Bemerkung Präsident Hassan Rohanis, der Anfang Mai der Nachrichtenagentur Irna zufolge andeutete, dass er weiterer Transparenz und zusätzlichen Inspektionen durch die IAEA offen gegenüberstehe.¹⁷

Neben diesen zwischen der Internationalen Gemeinschaft und dem Iran noch ungeklärten Fragen wird die Suche nach einer Verhandlungslösung durch die Differenzen innerhalb der „P5+1-Gruppe“ nun noch zusätzlich erschwert. So insistiert die US-amerikanische Delegation in einer Einbeziehung des iranischen Raketenprogramms in die Verhandlungen, während der russische Außenminister Lawrow diese Forderung mit der lapidaren Bemerkung ablehnt, „dass das iranische Waffenprogramm nicht im Genfer Zwischenabkommen vom November stand“.¹⁸

Was den weiteren Verlauf der Verhandlungen (die nächste Runde soll im Juni stattfinden) anbetrifft, so empfehlen wir nachdrücklich, dass mit Blick auf den Vertragsentwurf eines Abkommens zur endgültigen Beilegung des Atomkonfliktes die Forderung nach lückenlosen und ungehinderten Inspektionen durch die IAEA auf jeden Fall aufrechterhalten bleibt. Wir schließen uns auch der Forderung des Brookings-Experten und Autors der Studie „Unthinkable: Iran, the Bomb and American Strategy“ an, der neben dem freien Zugang der Inspektoren zu iranischen Atomanlagen ferner die Bedeutung der Möglichkeit betont, nach eventuellen Verletzungen des Abkommens durch den Iran das Sanktionsregime gegebenenfalls rasch wieder zu aktivieren. Da es aufgrund der wechselvollen Beziehungen der Ständigen Mitglieder des UNO-Sicherheitsrates untereinander fraglich ist, ob es nach einer völligen Aufhebung der Sanktionen gegen den Iran später überhaupt wieder gelingen könnte, in der UNO ein neues Sanktionspaket zu verabschieden, sollte die vertragliche Eini-

gung festhalten, dass die Sanktionen nicht „aufgehoben“ („lift“), sondern lediglich „ausgesetzt“ („suspend“) würden.¹⁹

Sollte es nicht gelingen, bis zum Auslaufen des Interimsabkommens am 20. Juli 2014 eine endgültige Lösung des Atomkonfliktes auf diplomatischem Wege zu erreichen – oder zumindest eine Verlängerung der Laufzeit des Interimsabkommens um weitere sechs Monate –, dann entstehen zwei akute Probleme. Zum einen ist zu erwarten, dass dann die USA weitere Sanktionen gegen den Iran verhängen, was dazu führen würde, dass Teheran alle seine im Interimsabkommen vom November 2013 enthaltenen Zugeständnisse für null und nichtig erklärt und sich auch an keinerlei früher gemachte Zusagen im Kontext seiner nukleartechnischen Aktivitäten mehr gebunden fühlt.²⁰ Zum anderen würde nach einem Scheitern der Verhandlungen die Fortführung des iranischen Atomprogramms mit der Perspektive, dass die Islamische Republik in absehbarer Zeit die Schwelle der militärischen Instrumentalisierbarkeit des Anreicherungsprogramms überschreitet, die Wahrscheinlichkeit von Militärschlägen gegen den Iran drastisch erhöhen.

Anmerkungen

- ¹ Vgl. Meier-Walser, Reinhard / Münch-Heubner, Peter L.: Wien als Tor nach Europa für den Iran, in: Die Presse, 11.4.2014.
- ² Zu den Konsequenzen der anderen Optionen (Militärschläge gegen den Iran; Atom wird Atom-macht) vgl. Meier-Walser, Reinhard / Münch-Heubner, Peter L.: Teherans Atomstrategie und die Internationale Sicherheit. Eine politikwissenschaftlich-orientalistische Konstellationsanalyse (= Berichte und Studien 97 der Hanns-Seidel-Stiftung), München 2013, passim.
- ³ Leader to give permission for Iran-U.S. direct talks if he deems necessary: Rohani, in: Tehran Times, 14.3.2013.
- ⁴ Vgl. dazu Reissner, Johannes: Iran: Selbstverständnis und Verhaltensmuster, in: WeltTrends 58/2008, S. 31 f.
- ⁵ Zu Soroush siehe Seidel, Roman: Abdolkarim Soroush. Viele Wege zur Wahrheit, in: Der Islam am Wendepunkt. Liberale und konservative Reformer einer Weltreligion, hrsg. von Katajun Amirpur und Ludwig Amman, Freiburg im Breisgau 2006, S. 82-90.
- ⁶ Milani, Mohsen M.: Tehran's Take, Understanding Iran's U.S. Policy, in: Iran and the Bomb. Solving the Persian Puzzle, hrsg. von Gideon Rose und Jonathan Teppermann, New York 2012, passim.
- ⁷ Vgl. dazu Meier-Walser / Münch-Heubner: Teherans Atomstrategie, S. 154.
- ⁸ Joint Plan of Action, Quelle: http://eeas.europa.eu/statements/docs/2013/131124_03_en.pdf.
- ⁹ Vgl. Kahl, Colin: Still Not Time To Attack Iran, in: Foreign Affairs Online, 7.1.2014, S. 2 f.
- ¹⁰ Atomgespräche mit Iran verlieren an Fahrt, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 17.5.2014.
- ¹¹ Entscheidende Phase der Iran-Verhandlungen, in: Neue Zürcher Zeitung, 15.5.2014.
- ¹² Talks to focus on Iran's capacity to enrich uranium, in: International New York Times, 14.5.2014.
- ¹³ Ebd.

- ¹⁴ IAEA: Implementation of the NPT Safeguards Agreement and Relevant Provisions of Security Council Resolutions in the Islamic Republic of Iran. Report by the Director General. GOV/2014/10, 20.2.2014, S. 5.
- ¹⁵ Vgl. Roger Cohen: Iranian reality check, in: International New York Times, 16.5.2014.
- ¹⁶ IAEA: Implementation of the NPT Safeguards Agreement and Relevant Provisions of Security Council Resolutions in the Islamic Republic of Iran. Report by the Director General. GOV/2014/10, 20.2.2014, S. 13, Fußnote 46.
- ¹⁷ Vgl. Entscheidende Phase der Iranverhandlungen, a.a.O. Vgl. auch Stephan Löwenstein: Bunter Würfel. Die Verhandlungen über Irans Atomprogramm gehen in eine entscheidende Runde, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 13.5.2014.
- ¹⁸ Atomgespräche mit Iran verlieren an Fahrt, a.a.O.
- ¹⁹ Vgl. Pollack, Kenneth M.: The right way to press Iran, in: International New York Times, 7.5.2014.
- ²⁰ Darauf wies der iranische Außenminister Mohammed Javad Zharif bei einer persönlichen Begegnung mit einem der beiden Verfasser, Reinhard Meier-Walser, am Rande der Atomgespräche am 19. Februar 2014 in Wien explizit hin.

Autoren

Prof. Dr. Reinhard Meier-Walser ist Leiter der Akademie für Politik und Zeitgeschehen der Hanns-Seidel-Stiftung in München und Professor für Internationale Politik an der Universität Regensburg.

Dr. habil. Peter L. Münch-Heubner ist Historiker und Orientalist und lebt in München.

Die beiden Autoren haben vor Kurzem gemeinsam veröffentlicht: Teherans Atomstrategie und die internationale Sicherheit. Eine politikwissenschaftlich-orientalistische Konstellationsanalyse (= Berichte und Studien 97 der Hanns-Seidel-Stiftung), München 2013.